

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2227

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2227



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Arbeitsplätze in der Schweiz in Gefahr - Wie Linke und Nette die Schweiz kaputt machen



Kurzpositionspapier der Schweizerischen Volkspartei

1. Oktober 2019

1. Dunkle Wolken am Wirtschaftshimmel – Arbeitsplätze in Gefahr

Schweizer Wirtschaft im freien Fall?

Unserem Land und damit unserer erfolgreichen liberalen Wirtschaftspolitik stehen schwierige Zeiten bevor. Die Aussichten der Schweizer Konjunktur und der Exportwirtschaft haben sich merklich eingetrübt. Mit einem erwarteten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0.8% im 2019¹ und Spannungen insbesondere zwischen den USA und China trüben sich die Aussichten für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Ein globaler Handelskrieg, bei welchem die betroffenen Länder zusätzliche Zölle erheben, dämpft insbesondere die Schweizer Exportwirtschaft. Zudem ist der bundesrätliche Vorschlag, die Schweizer Industriezölle unilateral aufzuheben in diesem Umfeld kontraproduktiv, da die Industriezölle der Schweiz ein Verhandlungspfand darstellen und in Freihandelsverhandlungen die Abschaffung von Import- und Exportzöllen angestrebt werden soll.

Politische Krisen lösen Wirtschaftsabschwung aus

Zudem kriselt es im Euro-Raum. Italien geht von Staatskrise zu Staatskrise und Unsicherheiten bahnen sich an, bezüglich der Art und Weise wie Grossbritannien die EU verlässt. Deutschland bekundet grosse wirtschaftliche Probleme und nicht umsonst sagt man, wenn Deutschland hustet, bekommt die Schweiz die Grippe; wir könnten sehr viel schneller ans Bett gefesselt sein, als wir es glauben. Zudem ist die Weltwirtschaft sehr anfällig auf einzelne Schlüsselgüter wie Erdöl. Der Drohnen-Angriff auf die grösste Erdöl-Raffinerie von Saudi-Arabien am 15. September 2019 führte zu einer weltweiten Reduktion der Ölproduktion von 7%.² Postwendend stiegen die Preise des Heizöls in der Schweiz um 20% an.³ Zudem ist der Einbruch der chinesischen Wirtschaft deutlich stärker als erwartet; gerade noch um 4,4% wuchs die Industrieproduktion im August 2019 im Vergleich zur Vorjahresperiode und die nachlassende Dynamik wirkt sich auch auf den Konsum aus. Diese Begebenheiten zeigen die Anfälligkeit der Weltwirtschaft auf einzelne unvorhersehbare Ereignisse, welche die Schweizer Wirtschaft unverhofft und unverzüglich schwächt. Naturgemäss reagiert die Wirtschaft allgemein sehr schnell auf negative Entwicklungen, womit eine Abwärtsspirale einsetzt.

Die Auftragsbücher leeren sich – Die MEM-Industrie als Indikator

Wie in den Jahren 2008/2009 verdüstert sich aktuell das Wirtschaftsklima. Das SECO schrieb am 13. Juni 2019: «Im Zuge der nachlassenden internationalen Konjunkturdynamik entwickelt sich der Welthandel schwach, und die Nachfrage nach Schweizer Produkten flacht ab. Das bremst die Exportwirtschaft. [...] So verringerten sich die Ausfuhren im August 2019 gegenüber dem Juli 2019 um 4,3% und fielen niveaumässig unter die 19-Milliarden-Franken-Marke. Die sinkende Auslastung bei gleichzeitig grosser Unsicherheit hemmt die Investitionen der Unternehmen in ihre Produktionskapazitäten».⁴ Am 28. August lancierte die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) einen Hilferuf, da sich im ersten Halbjahr 2019 die Auftragslage deutlich verschlechtert hat. Gegenüber dem Vorjahressemester reduzierten sich die Auftragseingänge um -12,5 Prozent. Auch die Umsätze (-1,9%) und die Gü-

¹ Siehe dazu Schätzungen des [SECO](#) vom 17. September 2019.

² «Erdölmarkt unter Beschuss», Finanz und Wirtschaft, 18. September 2019.

³ «Nach dem Angriff steigen die Preise für Heizöl und Benzin in der Schweiz», Luzerner Zeitung, 17. September 2019.

⁴ [Schwächere Weltkonjunktur bremst auch Schweizer](#), Konjunkturprognosen des SECO, 13. Juni 2019.

terexporte (-1,0%) nahmen ab.⁵ Andere Industrien werden sehr bald ähnliche Auftragseinbussen beklagen und den Wirtschaftsabschwung verstärken. Die Schweizer Wirtschaft befindet sich technisch gesehen sogar in einer Rezession, da sie während zwei Quartalen sinkende Wachstumszahlen aufweist. Eine technische Rezession kann sich in eine «ausgewachsene Rezession abhängig von Dauer, Tiefe und somit von der Wirkung auf den Arbeitsmarkt» wandeln.⁶

Schweiz behindert sich selbst

Unsere Exportindustrie wird durch neu eingeführte und neu interpretierte Grundsätze der Aussenwirtschaftspolitik immer stärker behindert: z.B. Fall Pilatus. Immer neue Auflagen und Forderungen in Freihandelsabkommen erschweren den Abschluss von neuen Handelsbeziehungen. Diese wären aber gerade jetzt, wo wieder Protektionismus um sich greift und der Multilateralismus (WTO) in der Krise steckt, wichtig. Ganze Branchen werden zudem mit zusätzlichen Auflagen bedroht: Konzernverantwortungsinitiative, Werbeverbote usw.

Die widersprüchliche Agrarpolitik von links-grüner Seite gefährdet unsere Landwirtschaft: Die Landwirtschaft wird einseitig schlecht gemacht und es werden zusätzliche Auflagen und Verbote (z.B. im Bereich der Pflanzenschutzmittel, Trinkwasser) gefordert. Dies führt letztlich zu zusätzlichen Importen, die wiederum das Klima und die Umwelt belasten.

Die Finanzwelt steht Kopf – Negativzinsen schaden

Mit der breitabgestützten Einführung von Negativzinsen, insbesondere in Europa, wurden vielfältige schädliche Folgen für die Gesamtwirtschaft ausgelöst. Negativzinsen gefährden die Sozialwerke, da die Pensionskassen als institutionelle Anleger Negativzinsen bezahlen müssen und sie befeuern eine Einkommens- und Vermögensumverteilung. Zudem ist die finanzielle Sicherung der Sozialwerke gefährdet und ein staatlicher Schuldenabbau ist nicht gewährleistet. So werden zudem die Asylkosten vom Bund auf die Kantone verschoben und diesen drohen zusätzliche finanzielle Belastungen. Die Begleiterscheinungen von Negativzinsen in der Realwirtschaft dürfen sich nicht verschärfen. Dabei ist festzuhalten, dass das Absacken des EURO durch institutionelle Krisen der Auslöser des aktuell starken Franken ist.

Der Druck der EU steigt – nur die SVP hält dagegen

Mit dem im Dezember 2018 veröffentlichten Entwurf des Institutionellen Abkommens (Rahmenvertrags) der EU, startete die EU eine neue Druck-Offensive, um die Schweiz anzubinden. Da die Schweiz das Institutionelle Abkommen in den Augen der EU nicht unverzüglich umsetzte, bestrafte diese die Schweiz mit dem Ausbleiben der permanenten Börsenäquivalenz. Es handelt sich hier um eine Retorsionsmassnahme und Diskriminierung. Solche Massnahmen würden im Übrigen durch die Umsetzung des Institutionellen Abkommens ausdrücklich der EU zugestanden.⁷ Trotz der ausbleibenden Börsenäquivalenz der EU konnte sich der Börsenplatz Schweiz gut behaupten. Die vom Bundesrat angestrebten Gegenmassnahmen, welche eine Anerkennungspflicht des Schweizer Börsenplatzes durch ausländische Handelsplätze vorsieht, haben ge-

⁵ [MEM Industrie: Besorgniserregende Entwicklung](#), Swissmem, 28. August 2019.

⁶ Erste Risse im Arbeitsmarkt sichtbar», Finanz und Wirtschaft, 11. September 2019.

⁷ Siehe dazu das [Insitutionelle Abkommen](#) in Art. 10 Abs. 6.

wirkt.⁸ Im Sinne der Schweiz konnte die SIX-Wertpapierbörse in Zürich ihr Handelsvolumen im Juli 2019, dem ersten Monat des Ausbleibens der EU Börsenäquivalenz, um 34% steigern. Die Steigerung zog sich im August 2019 mit 19.5% gegenüber dem Juni 2019 fort.⁹ Die Schweiz bietet der EU also effizient Paroli. Deshalb kann sich die Schweiz getrost gegen Zahlungen der EU, wie die Kohäsionsmilliarde an die EU-Oststaaten, wehren. Die Kohäsionsmilliarde, bestehend aus 1'302 Millionen Schweizer Beiträge über 10 Jahre, möchte die EU mit dem Institutionellen Rahmenabkommen ebenfalls der Schweiz aufzwingen.

OECD diskutiert Besteuerungsänderung – zu Ungunsten der Schweiz

Der Druck auf die liberale Besteuerung in der Schweiz flacht nicht ab, dies weil andere Staaten über politische Änderungen bessere Rahmenbedingungen fordern, um ihre Steuererträge zu erhöhen. Bis heute werden Firmen international dort besteuert, wo diese produzieren. Die internationale Gemeinschaft möchte dies jetzt ändern, und Firmen dort besteuern, wo sie ihre Waren und Dienstleistungen verkaufen. Die Schweiz würde bei dieser Änderung jährlich über 10 Milliarden Franken an Steuereinnahmen verlieren und müsste zudem um ihre zahlreichen globalen und regionalen Firmenhauptsitze bangen.

Folgen auf den Konsum sind absehbar

Die Schweiz hat robuste Industrien, wie die Pharmaindustrie, welche relativ unbehelligt durch trübe Wasser navigieren und mit 45% der Warenexporte andere vom Abschwung betroffene Sektoren auffangen.¹⁰ Andere Branchen wie die Autozulieferer hängen aber direkt von der Entwicklung Deutschlands ab. Schwächelt dort der Sektor, dann steigt auch die Arbeitslosigkeit bei den Schweizer Zulieferern. Aktuell geht man von einem Absatz Rückgang von 5% in der Auto Industrie in Jahr 2019 aus.¹¹ Deshalb hat in den MEM-Industrien auch eine Trendwende stattgefunden und die Erwerbslosenquote in diesem Sektor steigt erstmals wieder seit Beginn 2017.¹² Andere Sektoren werden diesem Trend zeitverzögert folgen.

⁸ [Ankündigung der Gegenmassnahmen durch den Bundesrat](#), 30. November 2018.

⁹ „Börsenstreit: EU-Politiker beklagt „Eigentor“, Luzerner Zeitung / Schweiz am Wochenende, 7. September 2019.

¹⁰ «Schweiz stemmt sich gegen Rezession», NZZ, 16. September 2019.

¹¹ «Brems Spuren bis in die Schweiz», St. Galler Tagblatt, 12. September 2019.

¹² Erste Risse im Arbeitsmarkt sichtbar», Finanz und Wirtschaft, 11. September 2019.

Wer Arbeitsplätze erhalten will – wählt SVP

Damit die Schweiz ihre wirtschaftliche Erfolgsgeschichte auch bei einer Baisse weiter-schreiben kann, benötigt es optimale Rahmenbedingungen. Dazu gehören: eine libe-rale Marktwirtschaft, offene Märkte, Abbau von Regulierungen und Bürokratie, tiefe Steuern und Abgaben sowie nachhaltige Sicherung der Sozialwerke. Leider stellt die SVP fest, dass alle anderen Parteien dieses Credo nicht teilen.

Nur wenn die Unternehmen vorteilhafte Bedingungen vorfinden, in denen sich Investi-tionen lohnen, werden auch Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen. Sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft. Denn Arbeit ist das zuverlässigste Mittel gegen die Armut. Darin liegt es begründet, weshalb liberale Marktwirtschaften historisch und weltweit am er-folgreichsten sind und am wenigsten Armut aufweisen.

Negative Entwicklungen im Bereich der Weltwirtschaft und politischer Druck auf die Schweiz einerseits, die schleichende Untergrabung schweizerischer Werte durch den links-grünen Raubzug andererseits, bedürfen einer raschen Reaktion des Schweizer Volkes. Dem Unsinn der links-grünen Forderungen ist vehement entgegenzuwirken, denn Vaterschaftsurlaub, 6 Wochen bezahlte Ferien, Mindestlohn, 35-Stundenwoche, Quotenregelungen sowie Überbrückungsrenten bereits ab 55 Jahren verteuern die Ar-beit und gefährden damit Arbeitsplätze.

Deshalb zählt die SVP am 20. Oktober auf die Unterstützung aller Stimmberechtigten, um bei den eidgenössischen Wahlen ein Zeichen zu setzen. Nur wer «frei und sicher» wählt, kann Arbeitsplätze sichern und neue schaffen sowie absurde Ausgaben, neue Regulatorien, masslose Zuwanderung und die Ausplünderung des Mittelstands stop-pen.

2. Der links-grüne Raubzug auf den Mittelstand

Wirtschaftsfeindliche Forderungen steigen ins Unermessliche

Trotz der sich abschwächenden Wirtschaft, einem möglichen Rückgang der Steuereinnahmen und zunehmender Regulierungsdichte, wollen Links-Grüne die Steuergelder mit vollen Händen ausgeben. Angetrieben durch Klimahysterie und Ökowahnsinn fordern sie erhöhte Abgaben auf Fahrzeuge, Heizungen und Flugtickets. Alles Abgaben, welche die Familien zusätzlich belasten. Es zeigt sich zudem, dass die Energiestrategie 2050 bereits als überholt bezeichnet werden kann. Mit immer neuen Subventionen ohne Verbesserung der Versorgungssicherheit behindern wir uns selber. Stichworte sind: zunehmende Abhängigkeit von Importen, einseitige Benachteiligung der schweizerischen Wirtschaft gegenüber anderen Standorten durch neue und höhere Abgaben und Steuern (z.B. für die Luftfahrt). Die vom Bundesrat bezeichnete CO2 freie Schweiz bis im Jahre 2050 ist unverantwortlich, da keine Kosten und deren Bezahlung erwähnt werden und ist völlig unverantwortlich für die Sicherheit und Bezahlbarkeit einer ausreichenden Energieversorgung unseres Landes.

Ausufernde Regulierungsdichte und Bürokratie

Die SVP kämpft vehement gegen die Zunahme an Regulierungsdichte und Bürokratie, die ins Unermessliche steigen und die administrative Entlastung ist ins Stocken geraten. Im weltweit beachteten Weltbank-Index "Ease of Doing Business", der international die Belastung durch Unternehmensregulierungen festhält, ist die Schweiz von Platz 11 im Jahr 2005 auf Platz 38 im Jahr 2019 abgerutscht¹³. Der Bundesrat wird aufgerufen, dieses Anliegen neu aufzunehmen und die SVP fordert den neuen Wirtschaftsminister auf, jede Woche einen Preis für mindestens einen konkreten Abbau von Hürden für KMU zu vergeben. Denn wir verabschieden immer noch zu viele Gesetze, Verordnungen und Weisungen, zwischen 2005 und 2015 hat die Seitenanzahl an Regulierungen um 24% zugenommen. Möglich wären heute auch weniger Statistiken und Formulare durch bessere Datenvernetzung innerhalb der Behörden über die Digitalisierung. Zudem wird das neue, uns von der EU diktiertem Datenschutzgesetz für die Wirtschaft enorme Folgekosten mit sich bringen und keine Verbesserungen im Bereich des Datenaustausches an den Tag legen.

Die Schweiz war bisher ein Erfolgsmodell. Aber das Modell ist am Kippen. Linke und Nette stellen Forderungen in Milliardenhöhe, welche aus der Bundeskasse finanziert werden sollen. Gleichzeitig schrecken diese nicht davor zurück, Mittelstandsfamilien bis zu 20'000 Franken pro Jahr zusätzlich zu belasten.¹⁴

¹³ [Ease of Doing Business Index 2019](#).

¹⁴ «[Stopp dem rot-grünen Raubzug auf den Mittelstand](#)», Positionspapier der SVP, 15. Juni 2019, S. 3.

Die Entscheide des Ständerates zum CO₂-Gesetz sind ein Affront gegenüber der Wirtschaft und allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Zentrale Schweizer Werte wie Eigenverantwortung, Föderalismus und direkte Demokratie sollen über Bord geworfen werden, um ein gigantisches Klima-Abzocker-Regime zu installieren. Das Sammelsurium an Bevormundung und Verteuerung zum neuen CO₂-Gesetz ist grenzenlos. Künftig soll auf Flugtickets eine Abgabe von mindestens 30 und höchstens 120 Franken erhoben werden. Die Schraube anziehen will der Ständerat auch im Strassenverkehr. Treibstoffimporteure müssen schon heute einen Teil ihrer Importe kompensieren. Die Kosten wälzen sie auf die Autofahrer ab. Heute könnte der Aufschlag auf Benzin und Diesel bis 5 Rappen betragen, liegt aber bei unter 2 Rappen. Künftig sollen die Importeure nun mehr kompensieren müssen. 2024 soll die Kompensation den Liter Treibstoff um höchstens 10 Rappen verteuern dürfen, ab 2025 um bis zu 12 Rappen. Teurer wird auch das Heizöl. Der maximale Satz der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen soll von heute 120 auf bis zu 210 Franken steigen.

Eine solche Politik würde die Schweiz in den Ruin treiben. Es ist Wahlkampf und die SP hat bereits Pläne veröffentlicht, dass sie 10 Milliarden Franken aus dem Portemonnaie der Schweizer Bürger ziehen will. Dies damit sie ihre utopischen Träume realisieren kann. Die Linken wollen nur eines: Geld, Geld und nochmals Geld. Sie bedienen sich schamlos am Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger. Vorstösse der SP und der Grünen zielen vor allem darauf ab, den Menschen ihr Eigentum – ihr hart verdientes Geld – wegzunehmen. Nichts machen die Linksgünen lieber, als Steuergeld einzunehmen und Steuergeld verantwortungslos auszugeben. Weil es gerade angesagt ist, holen SP und Grüne das Geld aktuell mit Öko-Themen.

Der Bürger wird zur Kasse gebeten

Der Fantasie von linken und grünen Vorschlägen um die hart erarbeiteten Steuergelder auszugeben sind keine Grenzen gesetzt. Auf 3 bis 4 Milliarden Franken schätzt die SP alleine die Kosten, die ihre Prämienentlastungs-Initiative nach sich ziehen würde. Diese soll die Ausgaben für Krankenkassenprämien in jedem Haushalt auf maximal 10 Prozent des verfügbaren Einkommens deckeln. Weiter soll zum Beispiel mit einem Klima-Plan, welcher 3 Milliarden Franken kostet, der Öl-Ausstieg der Schweiz beschleunigt werden. Mit 1,4 bis 1,5 Milliarden Franken Mehrausgaben müsste der Staat planen, wenn sich die SP mit ihren Forderungen bei der AHV-Reform durchsetzt. Die Partei spricht sich nämlich gegen das höhere Rentenalter für Frauen aber für höhere Lohnabzüge aus. Des Weiteren soll für 1 Milliarde Franken ein staatlicher Fonds zur Verfügung gestellt werden, um die SP Weiterbildungs-Initiative «Arbeit und Ausbildung für alle» zu finanzieren.¹⁵ Zudem soll der Ausbau unserer Sozialwerke über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden und dies wiederum verteuert den Konsum. Diese und andere Forderungen, wie der Ruf nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, Vaterschaftsurlaub und Quotenregelungen gefährden den Wohlstand der Schweiz.

¹⁵[«Wer soll die Pläne der Parteien bezahlen»](#), Der Blick, 09. September 2019.

3. Die zerstörerischen Kräfte der Zuwanderung

Innerhalb der EU mehren sich Anzeichen hin zu einer Wirtschaftsflaute. Wenn es in Deutschland, Frankreich, Spanien und Portugal wirtschaftlich schlecht läuft, werden automatisch wieder viel mehr Personen in der Schweiz Arbeit suchen, was auf unsere Löhne drückt. Beispiele dieser Negativspirale sind gerade im Kanton Tessin festzustellen. Als einziges probates Mittel gegen diese unkontrollierte Zuwanderung ist deren eigenständige Steuerung über Kontingente.

Die geforderten Massnahmen um die Voll-Kasko Mentalität in der Schweiz voranzutreiben, bleibt auch im Ausland nicht verkannt. Mehr als 700'000 Personen aus der EU- und dem EFTA Raum sind seit Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2002 in die Schweiz gekommen. Für sie sind das Hochlohn-Land und der sich ständig ausbauende Sozialstaat ein Schlaraffenland.

Die innovativen Schweizer Unternehmen sind effektiv auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Und in gewissen Branchen trifft es tatsächlich zu, dass sich auf dem Schweizer Arbeitsmarkt nicht genügend Arbeitskräfte mit der benötigten Ausbildung finden. Eine Studie des Zürcher Amtes für Wirtschaft und Arbeit¹⁶ zeigt, dass von den zwischen 2007 und 2014 in Schweiz zugewanderten Arbeitskräften im Durchschnitt nicht mal jeder fünfte (19.8%) in einem Beruf arbeitet, bei dem ein Fachkräftemangel herrscht; im Tessin (15.1%) und in Genf (14.6%) ist es gar nur jeder siebte Einwanderer. Bei den Grenzgängern sprechen die Statistiken eine noch deutlichere Sprache. Nur gerade 16.6% der Grenzgänger tragen zur Verringerung des Fachkräftemangels bei; im Tessin ist es nicht mal jeder achte.

EU-Bürger plündern Schweizer Arbeitslosenkasse

EU-Bürger verlieren öfter ihren Job als Schweizer, wie dies eine Untersuchung zwischen 2010 und 2018 zeigt. In diesem Zeitraum waren von 100 SchweizerInnen durchschnittlich gerade mal 3.5 Personen erwerbslos. Nimmt man 100 EU/EFTA-Bürger als Vergleich, waren ganze 6.1 Personen erwerbslos. Fazit: EU/EFTA-Bürger sind fast zweimal häufiger erwerbslos als SchweizerInnen!¹⁷ Dies hat einen grossen Einfluss auf die Verteilung der Arbeitslosengelder in der Schweiz.

Im Jahre 2017 steuerten Schweizer 70,4% der ALV-Beiträge bei, bezogen jedoch nur 55,3 % der ausgerichteten ALE. Sie gehörten damit klar zu den Nettozahlern der ALV. Dies spiegelt die Tatsache, dass Schweizer ein deutlich unterdurchschnittliches Arbeitslosenrisiko aufweisen. Ausländer aus dem EU28/EFTA-Raum leisteten 2017 demgegenüber 24,4% der ALV-Beiträge und bezogen 31,1% der ALE. Der Einnahmenanteil lag damit um 22 % unter demjenigen der Ausgaben für ALE. Damit waren sie im Durchschnitt Netto-Bezüger. Noch deutlichere Netto-Bezüger der ALV sind dagegen Drittstaatenangehörige. Ihr Anteil an den Einnahmen aus ALV-Beiträgen belief sich 2017 auf 5,3 %, während die Ausgaben für ALE 13,6 % ausmachten. Die Ausgaben lagen somit um den Faktor 2,6 über den Einnahmen. Auch hier spiegelt sich deutlich das stark erhöhte Arbeitslosenrisiko dieser Nationalitätengruppe.¹⁸

¹⁶ Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich (2016). Berufe mit hohem Fachkräftemangel. Wie stark reduziert die Zuwanderung den Mangel? S. 12-13.

¹⁷ 15. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz – EU. Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf Arbeitsmarkt und Sozialversicherungen (1. Juli 2019). S.27.

¹⁸ Idem. Seite 37.

Arbeitsplätze in der Schweiz in Gefahr

Solange die Schweiz ein Magnet für die EU/EFTA-Bürger bleibt, wird die Zuwanderung nicht abnehmen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der ein millionste EU-EFTA-Bürger unter dem Vorbehalt der Personenfreizügigkeit in die Schweiz eingewandert sein wird. Heute sind es bereits schon mehr als 700'000 Personen. Wie bereits Milton Friedman 1999 anmerkte, ein gut ausgebauter Sozialstaat ist mit der Personenfreizügigkeit unvereinbar.

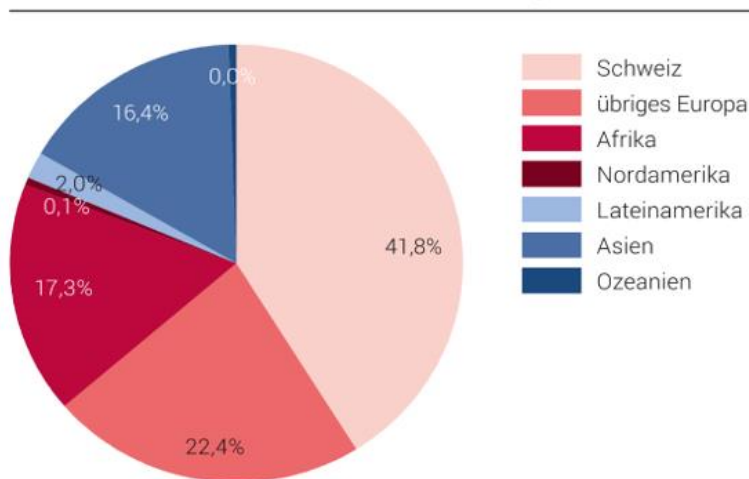
Immer mehr Zuwanderer beziehen Sozialhilfe

In der Schweiz hat zwischen 2007 und 2017 die Anzahl Sozialhilfebezüger aus der EU um satte 43% (Schweizer +10%) zugenommen. Die Mehrheit der Menschen, die via Asylwesen in die Schweiz kommen, wandern direkt ins Sozialsystem ein und werden zu Langzeitbezügern. Heute sind 6 von 10 Sozialhilfebezüger Ausländer und die langfristigen Kosten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber über zusätzliche Steuern werden enorm sein! Es sind die hart arbeitenden Steuerzahler und Unternehmen, welche die Sozialkosten für jene EU-Bürger übernehmen, die entweder zu wenig verdienen, um ihre Familie über die Runden zu bringen, oder ausgesteuert wurden, nachdem sie bereits Arbeitslosenversicherung bezogen haben.

Herkunft	2007	2017	Veränderung
Schweiz	131'811	145'233	+ 10%
Alle EU27/EFTA-Bürger	29'137	41'744	+ 43%
Eritrea	468	32'864	+ 6'922%

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis BFS, Sozialhilfestatistik (SHS)

Sozialhilfebeziehende nach Ländergruppen im Jahre 2017



Quelle: BFS – Sozialhilfestatistik (SHS)

© BFS 2018

Per Stichtag 31.12.2017 lag die Sozialhilfequote von Flüchtlingen bei 86,3% (27'945) und bei Asylanten bei 90,4% (50'714).

Asylkosten steigen ins Unermessliche

Die Folgen der Flüchtlingswelle von 2015 wird den Kantonen und Gemeinden gemäss Experten insgesamt rund 1 Milliarde Franken kosten. Denn ab dem nächsten Jahr werden diese Personen nicht mehr vom Bund unterstützt, Gemeinden und Kantone haben die Kosten alleine zu tragen. Bei Flüchtlingen mit positivem Asylentscheid finanziert der Bund in den ersten fünf Jahren einen Grossteil der Ausgaben, bei vorläufig Aufgenommenen über deren sieben Jahre. Somit ergibt sich eine gigantische Umverteilung hin zu Kantonen und Gemeinden. Die Zahl von 1 Milliarde Franken ergibt sich aus einer Hochrechnung der Prognosen aus sechs Kantonen – darunter Bern, Luzern und St. Gallen.

Bund schiebt ältere Arbeitnehmende ab, statt sie arbeiten zu lassen

Die ungebremste Zuwanderung durch das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU bringt vor allem ältere Schweizer Arbeitnehmende massiv in Bedrängnis. Dies weil sie zunehmend durch günstigere ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden. Auf diese sozialpolitische Zeitbombe hat die SVP bereits seit Jahren hingewiesen und auch der Bundesrat hat das Problem nun erkannt. Aber statt es mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung anzugehen, deckt er es mit Geld zu. Und dies alles will der Bundesrat mit einer Überbrückungsrente für ausgesteuerte Arbeitslose ab Alter 60 einführen. Faktisch könnten damit Arbeitslose ab 58 zuerst über die Arbeitslosenversicherung und dann über die Überbrückungsrente bis zur Pensionierung staatliche Gelder erhalten. Diese erzwungene Frühpensionierung wird hunderte von Millionen Steuerfranken kosten und dabei wirkungslos bleiben, weil ältere Arbeitnehmende dank dieser Rente künftig noch leichter entlassen und mit billigeren Ausländern ersetzt werden können. All dies einmal mehr auf dem Buckel des arbeitenden Mittelstands und der jungen Generation. Somit wird das liberale Grundprinzip Arbeit statt Rente völlig untergraben.

Zudem zeigen die Erfahrungen aus Deutschland, dass ein in den 2000er Jahren eingeführtes ähnliches Überbrückungsrentensystem nicht die erhoffte Wirkung zeigte.¹⁹ Mit der Abschaffung dieses Undings in Deutschland konnte die Erwerbstätigenquote bei den 60- bis 65-Jährigen innerhalb eines Jahrzehnts von 33% auf 58% gesteigert werden. Gleichzeitig stieg bei den 55- bis 60-Jährigen die Erwerbstätigenquote ebenfalls spektakulär von 66.5 auf 80%.

In Österreich gehen die Angestellten im Schnitt mit 61 Jahren (Männer) und 59 Jahren (Frauen), wie noch in den 1970er Jahren. Ökonomen haben unlängst darauf hingewiesen, dass Österreich über seine Verhältnisse lebt und Anpassungen erforderlich sind. Steuersenkungen im Hochsteuerland Österreich würde Arbeiten wieder attraktiver machen.²⁰ Deshalb Hände weg von Überbrückungsrenten, welche Arbeiten unattraktiver machen!

¹⁹ «Warnhinweis aus Deutschland», NZZ, 24. Juli 2019.

²⁰ «Was Sebastian Kurz anpacken sollte», NZZ, 20. September 2019.

4. Lösungen und Forderungen

Revitalisierungsprogramm ist dringend nötig

Der Bundesrat hat mit Zustimmung der SVP Motion von SR Hannes Germann²¹ den Weg aufgezeigt und der Bundesrat soll ein umfassendes Revitalisierungspaket zur Steigerung der Standortattraktivität und zur Diversifizierung der Absatzmärkte vorlegen. Die Vorlage hat zum Ziel, die staatlichen Rahmenbedingungen zu optimieren, die Regulierungskosten zu senken, die Standortattraktivität zu verbessern und die Arbeitsplätze zu erhalten. Insbesondere ist das Gewicht auf eine Reduktion der bürokratischen und regulatorischen Belastung der Unternehmen sowie eine Diversifizierung der Absatzmärkte mittels Intensivierung der handelspolitischen Aktivitäten zu legen. Zudem soll eine Entlastung der privaten Haushalte den Inlandkonsum ankurbeln.

Die vorherrschenden Rahmenbedingungen sind aber nicht gut ausreichend, um unbeschadet durch die trüben Gewässer des Wirtschaftsabschwungs zu navigieren. Deshalb unterstreicht die SVP mit ihren Forderungen, die Notwendigkeit, vermehrt auf die Bedürfnisse der Unternehmen und somit zugunsten eines liberalen Wirtschaftsraums einzugehen und somit die private Innovationskraft zu fördern.

²¹ [Motion 19.3043](#).

Forderungen für den Erhalt der Arbeitsplätze im Land

- Den Schulterschluss zwischen den bürgerlichen Parteien zum Wohle unseres Landes und zum Bekenntnis für die Grundsätze einer liberalen Wirtschaftspolitik. Die Linken wollen den Werkplatz Schweiz noch stärker kontrollieren und in ein Korsett stecken – sie zerstören damit Arbeitsplätze, sie sind Arbeitsplatzvernichter.
- Dringende Umsetzung des von der SVP verlangten Revitalisierungsprogramms.
- Für den Erhalt von Arbeitsplätzen sind die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen mittels Deregulierung und Senkung von Abgaben und Steuern zu optimieren.
- Neue Freihandelsabkommen unter Berücksichtigung der besonderen Situation unserer Landwirtschaft müssen als Mittel gegen Exporteinbrüche in der Schweiz rascher durch den Bundesrat abgeschlossen werden.
- Die masslose Zuwanderung muss wieder eigenständig gesteuert werden. Die Personenfreizügigkeit mit der EU muss neu verhandelt werden. Der Bundesrat hat geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit nur qualifizierte ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz einwandern, welche effektiv angestellt werden.
- Die Liberalisierung des Arbeitsmarkts mittels Deregulierung muss weiter vorangetrieben werden.
- Der Bundesrat muss den gestaffelten Beitragssatz der Pensionskasse zu Ungunsten der älteren Arbeitnehmer abschaffen und durch einen einheitlichen Beitragssatz ersetzen. Auch ältere Arbeitnehmende müssen in der Arbeitswelt ihren Platz haben
- Der Ausbau des Sozialstaates muss mit allen Mitteln unterbunden werden, diese Massnahmen schaden dem zahlenden Mittelstand.
- Die Chancen der Digitalisierung sind konsequent zu nutzen: Fintech, Blockchain. Unternehmen wollen sich in der Schweiz niederlassen, dank guten Rahmenbedingungen. Unser Land soll hier bewusst vorgehen und liberale Rechtsgrundlagen schaffen.
- Unternehmertum in allen Branchen wieder stärken, z.B. auch in der Landwirtschaft.
- Keine Konkurrenzierung der Privatwirtschaft durch staatliche Unternehmen auf allen Stufen.